

Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Frank- furt am Main - Unterliederbach

In Anlehnung an die Satzung für die
Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Frankfurt am Main



§ 1 Name, Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Freiwillige Feuerwehr Frankfurt am Main – Unterliederbach“, kurz „FF-Unterliederbach“, im folgenden Verein genannt.
2. Der Sitz des Vereines ist Frankfurt am Main – Unterliederbach.

§ 2 Gliederung

Der Verein gliedert sich in folgende aktive und passive Abteilungen:

- a) Einsatzabteilung (aktive Abteilung)
- b) Jugendfeuerwehr (passive Abteilung)
- c) Ehren- und Altersabteilung (passive Abteilung)

§ 3 Zweck und Aufgabe

1. Der Verein hat den Zweck,
 - a) das Feuerwehrwesen in der Stadt / Gemeinde, beziehungsweise dem Stadt- / Ortsteil nach dem geltenden Landesgesetz und den dazu ergangenen Verordnungen und Richtlinien zu fördern;
 - b) die Interessen der einzelnen Abteilungen (Einsatzabteilung, Jugendfeuerwehr, Alters- und Ehrenabteilung) zu koordinieren.

2. Aufgaben des Vereines sind insbesondere,
 - a) die Grundsätze des freiwilligen Feuerschutzes durch geeignete Maßnahmen, wie gemeinsame Übungen oder Werbeveranstaltungen für den Feuerwehrgedanken, zu fördern und zu pflegen;
 - b) die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen;
 - c) sich den sozialen Belangen, wie ausreichender Versicherungsschutz, der Mitglieder zu widmen;
 - d) interessierte Einwohner für die Feuerwehr zu gewinnen;
 - e) Öffentlichkeitsarbeit, Brandschutzerziehung und -aufklärung zu betreiben;
 - f) die Bildung und Aufrechterhaltung einer Jugendfeuerwehr anzustreben und die Jugendarbeit zu unterstützen;
 - g) die Bildung und Aufrechterhaltung einer Mini-Feuerwehr anzustreben und diese Arbeit zu unterstützen;
 - h) mit den, am Brandschutz interessierten, und für diesen verantwortlichen Stellen und Organisationen zusammen zu arbeiten.
3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereines dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereines.

4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereines fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Politische und religiöse Betätigungen werden ausgeschlossen.

§ 4 Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft im Verein ist geschlechtsneutral. Mit allen Ämtern und Funktionen, die sich aus dieser Satzung ergeben, können sowohl Frauen als auch Männer betraut werden.

Dem Verein gehören an:

- a) die Mitglieder der Einsatzabteilung;
- b) die Mitglieder der Jugendfeuerwehr;
- c) die Mitglieder der Ehren- und Altersabteilung;
- d) Ehrenmitglieder;
- e) fördernde Mitglieder.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen und beginnt mit dem Tag der Aufnahme durch diesen. Eine Ablehnung ist zu begründen und dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen. Innerhalb eines Monats kann der Antragsteller beim Vorstand schriftlich die Entscheidung durch die nächste Mitgliederversammlung beantragen. Die Aufnahme in die Einsatzabteilung und Jugendfeuerwehr wird vom Wehrführer der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen.

Datum	Änderungen / Korrekturen
04.03.2008	<ul style="list-style-type: none"> • kleinere Rechtschreibkorrekturen • Änderung im § 12 Abs 3. Satz 4. Hinzugefügt wurde der Jugendwart, um mit der Ortssatzung der Stadt Frankfurt übereinzustimmen.



§ 17 Auflösung

1. Der Verein wird aufgelöst, wenn in einer ausdrücklich hierzu einberufenen Mitgliederversammlung mindestens vier Fünftel der Mitglieder anwesend sind und drei Viertel der abgegebenen Stimmen die Auflösung beschließen.
2. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlußfähig, so kann nach Ablauf eines Monats eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, in der der Beschluß zur Auflösung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder mit drei Viertel der abgegebenen Stimmen gefaßt werden kann. In der Einladung zu dieser Versammlung muß auf diese Bestimmungen besonders hingewiesen werden.
3. Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an die Stadt/Gemeinde "Frankfurt am Main", die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke der gemeindeeigenen Einrichtung „Freiwillige Feuerwehr“ zu verwenden hat.

§ 18 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt am 01. März 2002 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 05. Januar 1973 außer Kraft

Das Original ist von 7 Mitgliedern unterschrieben und wird vom Vorstand aufbewahrt.

Diese muß, vertreten durch die Branddirektion, der Aufnahme zustimmen.

2. Zum Ehrenmitglied kann eine Person ernannt werden, die sich besondere Verdienste um den Verein erworben hat. Die Ernennung erfolgt durch den Vorstand.
3. In die Ehren- und Altersabteilung können Angehörige der Einsatzabteilung übernommen werden, die aus Alters- oder anderen Gründen aus dieser ausscheiden.
4. Fördernde Mitglieder können unbescholtene natürliche und juristische Personen werden. Der Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt nach Abs. 1.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Beendigung der Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung, der Jugendfeuerwehr, sowie Ehren- und Altersabteilung regelt sich nach der Satzung der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Frankfurt am Main. Der Austritt aus der fördernden Abteilung geschieht in einer formlosen, schriftlichen Erklärung gegenüber dem Vorstand.
2. Die Mitgliedschaft ist schriftlich zukündigen.
3. Die Mitgliedschaft endet durch Tod des Mitgliedes.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Ausschluß aus dem Verein. Der Ausschluß ist auszusprechen, wenn ein Mitglied gegen die Interessen des Vereines verstößt oder die bürgerlichen Ehrenrechte verliert. Über den Ausschluß, der dem Mitglied schriftlich mitzuteilen ist, entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Betroffenen. Dagegen kann dieser die Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragen. Das Verfahren richtet sich nach § 5 Abs. 2 Satz 1 dieser Satzung.

- Die Ehrenmitgliedschaft kann auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung aberkannt werden, Abs. 4 ist entsprechend zu berücksichtigen.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- Die Mitglieder haben Mitwirkungsrecht im Rahmen dieser Satzung. Sie haben Anspruch auf Beratung durch den Verein im Rahmen seiner Möglichkeiten.
- Den Mitgliedern steht die Teilnahme an Veranstaltungen des Vereins und die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen im Rahmen dieser Satzung offen.
- Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen.

§ 8

Mittel

Die Mittel zur Erreichung der Vereinszwecke werden aufgebracht:

- durch jährliche Mitgliedsbeiträge, deren Höhe durch die Mitgliederversammlung festzusetzen ist;
- durch freiwillige Zuwendungen;
- durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.

- Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende; jeder hat Alleinvertretungsrecht. Es wird bestimmt, daß der stellvertretende Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden oder auf dessen Weisung von seiner Vertretungsbefugnis Gebrauch machen darf.
- Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 15

Kassenwesen

- Der Kassenverwalter ist für die ordnungsgemäße Erledigung der Kassengeschäfte verantwortlich.
- Er darf Zahlungen nur leisten, wenn der Vorsitzende oder im Verhinderungsfall sein Stellvertreter eine Zahlungsanordnung erteilt hat.
- Über alle Einnahmen und Ausgaben ist Buch zu führen.
- Am Ende des Geschäftsjahres legt er gegenüber den Kassenprüfern Rechnung.
- Die Kassenprüfer prüfen die Kassengeschäfte und erstatten der Mitgliederversammlung Bericht.

§ 16

Jugendfeuerwehr

Die Jugendfeuerwehr gestaltet ihre Jugendarbeit selbständig. Die Aufgabe der Jugendfeuerwehr ist u.a. die Nachwuchsförderung. Das Alter der Kinder und Jugendlichen ist dabei vom Gesetzgeber festgelegt. Der Jugendfeuerwehrwart und sein Stellvertreter müssen Mitglieder der Einsatzabteilung sein.

§ 13 **Vorstand / Feuerwehrausschuß**

1. Der Vorstand / Feuerwehrausschuß besteht aus:
 - a) dem Wehrführer (Vorsitzender);
 - b) dem stellvertretenden Wehrführer (Stellvertretender Vorsitzender);
 - c) dem Schriftführer;
 - d) dem Kassierer;
 - e) dem Gerätewart;
 - f) dem Jugendfeuerwehrwart;
 - g) dem Vertreter der Ehren- und Altersabteilung;
2. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit aus, findet in der nächsten Mitgliederversammlung die Ergänzungswahl für den Rest der Amtszeit des Vorstandes statt. In der Zwischenzeit werden dessen Aufgaben von einem anderen Vorstandsmitglied wahrgenommen.

§ 14 **Geschäftsführung und Vertretung**

1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins nach den Beschlüssen und Richtlinien der Mitgliederversammlung. Dazu wird er vom Vorsitzenden nach Bedarf eingeladen. Über jede Vorstandssitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, deren Richtigkeit vom Schriftführer und dem Vorsitzenden zu bescheinigen ist und die jedem Vorstandsmitglied auszuhändigen ist.

§ 9 **Organe des Vereines**

Organe des Vereines sind:

- a) die Mitgliederversammlung;
- b) der Vorstand.

§ 10 **Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung setzt sich aus den Vereinsmitgliedern zusammen und ist das oberste Beschlußorgan.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle von seinem Vertreter geleitet und ist mindestens einmal jährlich unter Bekanntgabe der vorgesehenen Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich in der ortsüblichen Weise einzuberufen.
3. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung müssen spätestens eine Woche vor der Versammlung dem Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt werden.
4. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder ist innerhalb einer vierwöchigen Frist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Im Antrag müssen die zu behandelnden Tagesordnungspunkte bezeichnet sein.

§ 11

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:

- a) die Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung;
- b) die Beratung und Beschlußfassung über eingebrachte Anträge;
- c) die Wahl des Vorstandes nach §12 dieser Satzung für eine Amtszeit von 5 Jahren;
- d) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages;
- e) die Entlastung des Vorstandes und des Kassenverwalters;
- f) die Wahl der Kassenprüfer für die Dauer von 2 Jahren;
- g) die Beschlußfassung über Satzungsänderungen;
- h) Entscheidungen über die Beschwerde von Mitgliedern über den Ausschluß, oder von Personen über die Nichtaufnahme in den Verein;
- i) die Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins.

§ 12

Verfahrensordnung für die Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einladung mehr als 50% der Einsatzabteilung und Alters- und Ehrenabteilung anwesend sind. Bei Beschlußunfähigkeit ist die Versammlung zu schließen und neu zu eröffnen. Diese Versammlung

ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig.

2. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Satzungsänderungen bedürfen der Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Abstimmungen erfolgen offen. Die Versammlung kann auf Antrag mit einfacher Mehrheit beschließen, geheim abzustimmen.
3. Wahlen werden geheim durchgeführt. Steht nur ein Vorschlag zur Wahl, kann auf Antrag aus der Versammlung, wenn niemand widerspricht, offen gewählt werden. Gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhält. Wahlberechtigt sind nur die Mitglieder der Einsatzabteilung und der Alters- und Ehrenabteilung. Bei der Wahl des Wehrführers, seines Stellvertreters und des Jugendwartes sind nur die Mitglieder der Einsatzabteilung stimmberechtigt. Gewählt werden die Funktionen gemäß § 13. Ferner wählen sie einen oder mehrere stellvertretende Gerätewarte je nach Fahrzeugbestand und vorhandenen Aufgaben, sowie je einen stellvertretenden Jugendfeuerwehrwart. Die Wahl leitet der Wehrführer; steht er selbst zur Wahl, wird ein Wahlleiter gewählt.
4. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift an zu fertigen, deren Richtigkeit vom Schriftführer und dem Vorsitzenden zu bescheinigen ist.
5. Jedes Mitglied kann beantragen, das sein Beitrag zur Versammlung in die Niederschrift aufgenommen wird.